



## Antrag

der Fraktion der FDP

### **Mehr Respekt für unsere Einsatzkräfte - Akzeptanz und Wertschätzung für die Arbeit unserer Einsatzkräfte stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ist bestürzt über die gewalttätigen Auseinandersetzungen in einigen deutschen Städten in der Silvesternacht 2022/2023. Die Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte durch Menschen, die offenbar Gelegenheiten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen suchen und dabei Verletzungen und sogar den Tod von Menschen billigend in Kauf nehmen, müssen auf der Basis der geltenden Gesetze schnellstmöglich zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Der Landtag bedankt sich bei allen Einsatzkräften für das Engagement und die geleistete Arbeit und stellt fest, dass der Respekt und die Akzeptanz für diese Arbeit zum Grundkonsens in unserer Gesellschaft gehören müssen.

Gerade vor dem Hintergrund, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft auf verstärkte Zu- und Einwanderung von Menschen in unser Land angewiesen sein werden, bedarf es angesichts des hohen Anteils von jungen, männlichen Tätern mit Migrationshintergrund auch einer offenen Debatte darüber, wie Integrationsdefizite abgebaut werden können und die Vermittlung unserer Werteordnung besser gelingen kann. Die Reduzierung dieser Debatte auf eine Diskussion zu einem Böllerverbot in Silvesternächten ist weder zielführend noch angemessen.

Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss vom 28. Oktober 2020, in dem er die Landesregierung aufgefordert hat, bereits bestehende Initiativen für mehr Respekt und Anerkennung für Polizei und Rettungskräfte zu ergänzen. Dabei sollen unter anderem folgende Punkte weiterhin berücksichtigt werden:

1. Die Entwicklung von Präventionskonzepten.
2. Eine umfassende Aufarbeitung der Fälle von Behinderung, Beleidigung, Gefährdung und Verletzungen gegenüber Einsatzkräften in strafrechtlicher Hinsicht, aber auch mit einer psychologischen, nachsorgenden und nachbetreuenden Hilfestellung für die Betroffenen.
3. Der Transfer der aus der Studie für Gewaltprävention gegen Polizeibeamtinnen und -beamte gewonnen Erkenntnisse in die Einsatzausbildung und -ausrüstung.
4. Ein verstärkter Aufklärungs- und Informationsaustausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere an Schulen, in Sportvereinen, Jugendvereinen und -verbänden.
5. Eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung von Akzeptanz und Respekt gegenüber Einsatzkräften.

Dr. Bernd Buchholz  
und Fraktion